

Widerspenstig und widerständig

Jugendkultur in Lichtenberg
1960-1990



Eine Ausstellung über gesellschaftskritische Jugendbewegungen in Berlin-Lichtenberg

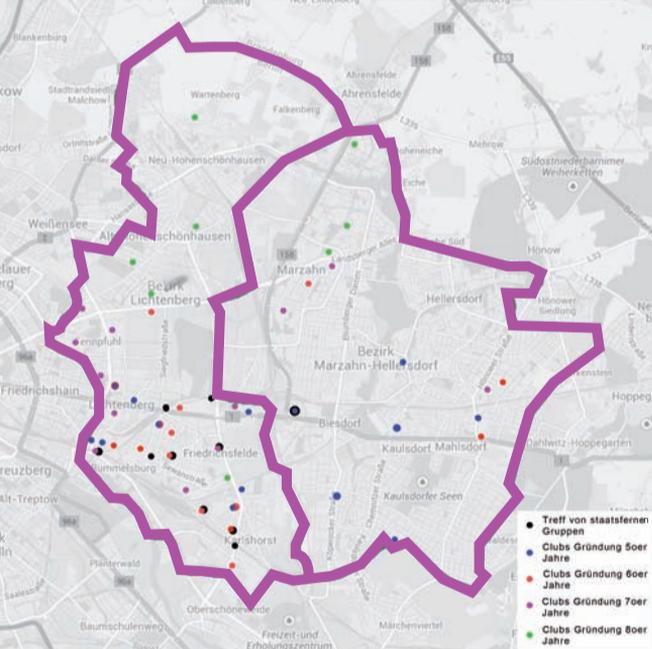
Jugendlichen Widerspruch nahm die SED sehr ernst. Sie befürchtete stets, dass sich dahinter auch ein Widerspruch zu ihrer Politik verbergen könnte. Dabei ist es ganz normal, dass sich Jugendliche an Konventionen und Vorschriften reiben, die ihnen die elterliche Gesellschaft vorgibt. Nur wenig junge Menschen in der DDR waren tatsächlich bereit, konsequent eigene Lebensvorstellungen zu entwickeln, kritisch zu hinterfragen, und dafür auch Entbehrungen in Kauf zu nehmen. Das war ein überall im Land anzutreffendes gesellschaftliches Phänomen.

Die Ausstellung widmet sich unterschiedlichen Jugendbewegungen, die auf dem Gebiet des Berliner Bezirks Lichtenberg in der Zeit von den 1960er Jahren bis 1990 auftraten. Sie stehen als Beispiele für weitere Gruppierungen auch an anderen Orten und sollen als Symptomträger gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen überall in der DDR gewürdigt werden. Dabei werden Gruppierungen genannt, deren Angehörigen aufgrund ihrer Herkunft oder wegen angeborener Merkmale von der Gesellschaft und vom SED-Staat als randständig diskreditiert und auch kriminalisiert wurden, wie auch nichtkonforme Jugendprotestgruppen, die durch ihr aktives Auftreten Diskriminierung erfuhrten. Zwar ist der Anteil dieser jungen Leute an der Gesamtbevölkerung Lichtenbergs nur sehr gering, doch zeigt dies deutlich, dass Diktaturen auf eine stille Duldung einer übergroßen Bevölkerungsmehrheit bauen können. Das Durchgangsheim Stralau befand sich nicht auf dem Gelände Lichtenbergs, doch in unmittelbarer geographischer Nähe und war auch für Lichtenberger Kinder und Jugendliche ein Ort der traumatischen Erfahrung.

Diskriminierung und Jugendprotest sind keine rein historischen Themen, die mit dem Ende der SED-Diktatur ihre Bedeutung verloren haben. Auch in der Gegenwart werden junge Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihrer sozialen Stellung und sexuellen Orientierung diskriminiert. Ebenso existieren unterschiedliche Formen des Widersetzens und des Widerstehens bei Jugendlichen, die sich nicht diskriminiert fühlen.

Mit dieser Ausstellung wollen die Autoren und Initiatoren die Aufmerksamkeit auch auf vergleichbare Vorgänge in der Gegenwart lenken und zur kritischen Auseinandersetzung mit heutigen Formen der Diskriminierung anregen. Auch sollen Versuche unternommen werden, eigene Positionen zu formulieren.

Ausstellung des Museum Lichtenberg im Stadthaus
Kurator: Dr. Dirk Moldt · Redaktion: Dr. Thomas Thiele
Unterstützt und finanziert von der Bundesstiftung
zur Aufarbeitung der SED-Diktatur





Der Lichtenberger Tunnel

Beatmusik und Beatfans in Ostberlin



Wie in westlichen Metropolen waren auch in der DDR-Hauptstadt seit Anfang der 1960er Jahre zahlreiche Jugendliche von der Beatmusik begeistert. Das Berliner »Haus für Kulturarbeit« zählte 1965 dreihundert Bands in der Stadt. Angesagt waren Namen wie »Telstars«, »Sputniks«, »Team 4«, »Diana-Show-Quartett«, »Shouters«, »Beatlers«, »Hot Five« oder »Cants« in Anlehnung an eine Lichtenberger Oberschule. Wohl keine Band hielt sich an die 1958 eingeführte Vorschrift über das Verhältnis von 60 Prozent Ost-Titeln zu 40 Prozent-Westiteln bei öffentlichen Veranstaltungen. Auftrittsorte waren zum Beispiel der Jugendclub »Freundschaft« in der Friedrichshainer Fredersdorfer Straße oder der »Twistkeller« im Treptower Kreiskulturhaus Puschkinallee.



Treffpunkt im Tunnel

Im Fußgängertunnel am Lichtenberger Bahnhof hatte sich ein Treffpunkt der Ostberliner Subkultur entwickelt. Bereits 1959 trafen sich hier Rock'n Roll Fans zum Meinungsaustausch und zur Verteilung von Fanfotos bekannter Rockstars. 1965 gehörte der »Lichtenberger Tunnel« zu den festen Anlaufpunkten der Beatszene. Man erkannte sich nicht nur an den langen Haaren, sondern auch an der Kleidung: Blue-Jeans und »Kutten«. Im DDR-Alltag der 60er Jahre war der amerikanische Militäranorak ein schwerer Tabubruch, genauso wie das Tragen des Friedenszeichens der westlichen Ostermarschierer. Diese galten den Ideologen der Regierungspartei SED, für die es unumstößlich war, die innerdeutsche Grenze mit der Waffe zu verteidigen, als pazifistisch. Provokant waren auch am Revers angesteckte Spritzenkanülen, die aussagen sollten: »Wir lassen uns den Sozialismus nicht einimpfen!« Manche Mitglieder von Beat-Gruppen und ihre Fans wurden bereits von Polizei und MfS beobachtet. Viele Bürger empörten sich über das provokante Outfit der Beatfans, nicht wenige ließen sich zu solchen Sprüchen wie: »Die gehören ins Arbeitslager!« hinreißen.



Verbote und Verfolgung

Im Oktober 1965 entfalteten DDR-Zeitungen eine heftige Propaganda gegen die Jugendlichen Beat-Fans. Die SED-Zeitung Neues Deutschland benutzte Klischees aus der NS-Diktatur: »Sie waschen sich nicht und stinken, ihre zottige Mähne ist verfilzt und verdreckt, sie gehen der Arbeit und dem Lernen aus dem Wege.« Im Dezember 1965 setzte das XI. Plenum der SED eine neue kulturpolitische Eiszeit durch, unter der auch Beat-Bands litten. Englische Bandnamen wurden verboten, viele Auftrittsverbote wurden ausgesprochen. Der Entzug der Spielerlaubnis und Verfahren wegen Steuerhinterziehung gehörten bald zum Alltag vieler Bands, genauso wie ideologische Schulungen oder musikalische Qualifizierungslehrgänge.

Aus Protest gegen die Verbote kam es unter jugendlichen Beatfans in mehreren Städten der DDR zu spontanen Demonstrationen, die von den Sicherheitskräften schnell und gewaltsam aufgelöst wurden. Durch eine Vereinbarung der Abteilungen Volksbildung und Inneres des Magistrats wurde am 26. November 1966 das »Arbeits- und Erziehungslager Rüdersdorf« eröffnet. Jugendliche wurden hier unter katastrophalen Arbeits- und Lebensbedingungen für einige Wochen im Kalksteinbruch festgehalten, bis sie unvermittelt wieder freigelassen wurden. Weil diese Praxis gegen DDR-Gesetze verstieß, Beschwerden und damit auch Aufmerksamkeit bis hinauf zum Staatsrat auslösten, wurde das Rüdersdorfer Lager am 1. September 1967 wieder aufgelöst.

Nachhaltiger wirkte hingegen der Befehl 11/66 des Ministers für Staatssicherheit vom 15. Mai 1966 »zum Schutz der Jugend in der DDR vor feindlichen Einflüssen«. Er sah vor, unangepasste Jugendliche und Jugendgruppen zu beobachten und zu verfolgen. Modifiziert blieb dieser Befehl bis Herbst 1989 in Kraft.



Fotos:
Archiv Michael Schulz
und BSTU



Frauengruppen in Lichtenberg

Emanzipation leben



Foto: Am Stand der »Frauen für den Frieden« auf der Friedenswerkstatt 1986. Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft



»Die Hexe sollte helfen, den DDR-Stall auszumisten!« Holzschnitt 1984, Gudrun Birk-Gierke. Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft

Foto rechts: Am Stand der »Frauen für den Frieden« auf der Friedenswerkstatt 1983. Quelle: Ruth Leiserowitz

Offiziell galten Frauen in der DDR als emanzipiert, weil sie zumeist berufstätig waren und in gleichen Positionen gleiche Einkommen wie Männer bezogen. Doch viel mehr Frauen als Männer waren in unterdurchschnittlich bezahlten Wirtschaftszweigen beschäftigt. In Spitzenämtern von Wirtschaft, Kultur und Politik waren so gut wie keine Frauen vertreten. Berufstätigkeit und Einsatz für Kinder und Haushalt führten auch bei den Frauen in der DDR zur Mehrfachbelastung und zu weniger Freizeit. In der DDR war es kaum üblich, aktuelle gesellschaftliche Fragen aus der Frauenperspektive zu erörtern. Diese Position nahmen in der DDR-Hauptstadt von 1982 – 1989 über zehn Frauengruppen ein, die nicht in staatlichen Organisationen eingebunden waren. Sie diskutierten die Themen der Friedens-, Menschenrechts- und Umweltbewegung, wie Friedenssicherung, Umweltschutz, Emanzipation, Sexualität oder gesellschaftliche Diskriminierung auch aus feministischer Sicht. Eine wichtige Berliner Frauengruppe waren die »Frauen für den Frieden«, die sich auch an den Friedenswerkstätten in der Erlöserkirche Lichtenberg beteiligten. Die Gruppe gründete sich, nachdem am 25. März 1982 ein neues Wehrdienstgesetz erlassen wurde, das vorsah, im Verteidigungsfall auch Frauen einzuziehen. Sie schlossen sich als eigene Gruppe den 1970 in Irland gegründeten »Frauen für den Frieden« an und wurden damit Teil der internationalen Friedensbewegung. Sie selbst sahen sie nicht als eine der Kirche zugehörige Gruppe an.

Teil der Friedensbewegung

Im Herbst 1982 initiierten diese Frauen einen Protestbrief gegen das neue Wehrdienstgesetz, den 150 Frauen unterschrieben. Als 1983 der NATO-Doppelbeschluss zu einer neuen Aufrüstungswelle mit Atomwaffen in Europa führte, richteten sich die öffentlichen Aktionen der »Frauen für den Frieden« an die Regierungen in beiden deutschen Staaten. SED-Funktionäre sahen darin eine Provokation und ließen am 12. Dezember 1983 vier Frauen verhaften. Sie mussten sie aber aufgrund internationalen Protests Ende Januar 1984 wieder freilassen. In den Folgejahren organisierten die »Frauen für den Frieden« Nachtgebete in der Friedrichshainer Auferstehungskirche, zu denen Menschen zusammen kamen, die eine andere Friedenspolitik als die der SED anstrebten. Ein immer wiederkehrendes Thema dieser Gruppe waren unterschiedliche Formen der Gewalt gegen Frauen, aber auch Gentechnologie und die Situation von Frauen in anderen sozialistischen Ländern. Eine weitere Lichtenberger Frauengruppe gründete sich 1987 in der evangelischen Kirchgemeinde am Fennpfuhl, um über die Position der Frauen in der Gesellschaft zu diskutieren. Ihre erste öffentliche Veranstaltung am 11. Oktober 1987 lautete: »Rollen, die uns überrollen«. Mit dem Ziel, Dokumente der Frauenbewegung der DDR zu sammeln, gründeten diese Frauen eine Frauenbibliothek.



Keine Bedeutung im vereinten Deutschland?

Während der Friedlichen Revolution engagierten sich Mitstreiterinnen der »Frauen für den Frieden« und des Frauenzentrums Fennpfuhl in Neugründungen wie im »Neuen Forum« oder im »Unabhängigen Frauenverband«. In den 1990er Jahren verlor der Unabhängige Frauenverband immer mehr an Bedeutung und wurde 1998 aufgelöst. Das Frauenarchiv der Frauengruppe am Fennpfuhl befindet sich heute im EWA e.V. Frauenzentrum in der Prenzlauer Allee 6.

Sinti und Roma

Ein lustiges Zigeunerleben?

Widerspenstig und widerständig

Jugendkultur in Lichtenberg
1960-1990



Sinti-Swing 1986

Sinti und Roma leben seit vielen hundert Jahren in Deutschland und pflegen ihre eigene Kultur und Sprache. Im 20. Jahrhundert wurden sie weitgehend sesshaft und übten oft ganz normale Berufe aus. In der Zeit des Nationalsozialismus wurden sie Opfer rassistischer Verfolgung. Das erste Lager in Berlin, das eingerichtet wurde, um Menschen aufgrund ihrer ethnischen Herkunft einzusperren, war das »Zigeunerlager« in Marzahn. Anlass boten die Olympischen Spiele 1936, bei denen die Nationalsozialisten vorgaben, dass Sinti und Roma nicht ins Stadtbild passen würden. Im Lager wurden sie gezwungen, ihre Berufe aufzugeben und stattdessen Zwangsarbeit zu leisten. Wie in anderen Lagern waren sie zum dauerhaften Aufenthalt unter menschenunwürdigen und hygienisch unzumutbaren Bedingungen gezwungen. Von insgesamt etwa 40.000 in Deutschland und Österreich lebenden Sinti und Roma wurden mehr als 25.000 ermordet.

Keine Entschädigung

Nach 1945 erhielten Sinti und Roma in beiden deutschen Staaten Jahrzehnte lang keine Entschädigung. Viele Beamte und Angestellte ließen sich vom Vorurteil leiten, diese Opfer hätten ihre Verfolgung aufgrund ihrer angeblich asozialen Lebensweise selbst verursacht. Oft waren die Bevollmächtigten dieser Entscheidungen selbst in die Verwaltungsstrukturen des NS-Regime eingebunden gewesen und handelten weiter im Sinne allgemein verbreiteter rassistischer Stereotype. Viele Sinti und Roma erwarteten nichts vom Staat und stellten gar nicht erst einen Antrag. Aber auch Unwissenheit über die eigenen Rechte und mangelnde Schreibkenntnisse trugen dazu bei, dass sie keine Entschädigung einforderten. Von sich aus unternahmen die Behörden in der DDR nichts, um ihnen zu ihrem Recht zu verhelfen.

Schwierige Lebensbedingungen

Das straffe Regime aus Zwängen und Kontrollen erschwerte es auch vielen Sinti und Roma, sich in die DDR-Gesellschaft einzupassen. Als eine echte Barriere erwies sich auch das umständliche Reglement für den Erwerb einer Berechtigung, einen künstlerischen Beruf auszuüben. Drastisch traf Angehörige der Sinti und Roma der sogenannte »Assi-Paragraf« § 249, der Menschen bestrafte, die angeblich keiner Arbeit nachgingen. Mit Arbeit waren hier genormte Arbeitsverhältnisse gemeint, in denen Beschäftigte ihren Arbeitsalltag in der »sozialistischen Produktion« mit allen ihren ökonomischen und politischen Vorgaben zubrachten. Aufgrund ihrer Diskriminierung lebten Sinti und Roma oft unter schlechteren Bedingungen als andere DDR-Bürger. In der Victoriastadt in Lichtenberg, die bis Mitte der 1980er Jahre zu den extrem vernachlässigten und heruntergekommenen Wohngebieten der DDR-Hauptstadt gehörte, waren einige Familien ansässig.

Versteckte Diskriminierung

Im Gegensatz zum nachlässigen Umgang mit Roma, wenn es um deren Interessen ging, zeigten die Behörden besonderes Engagement, wenn der Verdacht der Vernachlässigung von Kindern in der Luft lag. Es kam vor, dass Kinder und Jugendliche aus Sinti- und Romafamilien in Kinderheime eingewiesen wurden. In Lichtenberg ist so ein Fall aus den 1980er Jahren bekannt. Ein Sinto, der von seinen Mitschülern gehänselt und angegriffen wurde und sich zur Wehr setzte, wurde von der staatlichen Jugendhilfe in ein weit entfernt liegendes Kinderheim gebracht, wo der Junge völlig isoliert war. Ihm wurde unter anderem verboten, mit seinen Eltern in ihrer Sprache zu telefonieren. Erst nach mehrfachen Interventionen eines Freundes an höchste Parteistellen gelang es nach Monaten, den Jungen wieder zurück zu seinen Eltern zu bringen. Den meisten DDR-Bürgern war nicht bewusst, welchen Diskriminierungen Sinti und Roma ausgesetzt waren. Dagegen genoss die Band »Sinti-Swing«, ein Zusammenschluss aus musizierenden Familienangehörigen, durchaus Popularität. Regelmäßig trat »Sinti-Swing« in den 1980er Jahren im Klub NAPF in der Pfarrstraße 139 auf. 1986 konnte die Band sogar eine Schallplatte herausbringen.



Nunnu, September 1967
Dieses Foto, eine Art Gegenbild zum FDJler, fand seinerzeit bei aufmüpfigen DDR-Jugendlichen Anklang.

Widerspenstig und widerständig

Jugendkultur in Lichtenberg
1960-1990



Der Friedrichsfelder Friedenskreis

Für eine Gesellschaft
ohne Militär

Zahlreiche Menschen in Europa verloren in den 1980er Jahren aufgrund der steigenden Kriegsgefahr das Vertrauen zur Politik ihrer Regierungen und versuchten selbst, Ideen über Möglichkeiten der militärischen Entspannung zu entwickeln. Solche Friedenskreise wurden auch in der DDR gegründet. Wegen der staatlichen Verfolgung suchten und fanden sie oft Schutz in kirchlichen Räumen. Der Friedenskreis Friedrichsfelde gehörte zu den aktivsten in der DDR-Hauptstadt.

Kirchliches Asyl nicht sicher

Gegründet wurde er 1984 in der Gemeinde Alt-Friedrichsfelde. Er war aus dem Friedenskreis der Evangelischen Studentengemeinde Mitte hervorgegangen. Dort war der Friedenskreis mit öffentlichen politischen Forderungen aufgetreten, wie dem Protest gegen die gewaltsame Ausbürgerung des Jenaer Friedensaktivisten Roland Jahn. Aufgrund des Druckes, den der Staat wegen dieses Engagements auf die Kirchenleitung ausübte, wurde er 1983 mit der Begründung aus der Studentengemeinde ausgewiesen, dass nicht alle seine Teilnehmer Studenten waren.

Themen, über die geschwiegen wurde

Die Arbeit des Kreises konzentrierte sich auf zwei Bereiche, die Erforschung dunkler Flecke in der DDR-Geschichte sowie Informations- und Diskussionsveranstaltungen zu Fragen des Friedens. Themen waren z.B. die Ursachen für die Entstehung von Krisenherden, die Zusammenarbeit von Christen und Marxisten in der Friedensbewegung, sozialer und gewaltfreier Widerstand, der Zusammenhang zwischen friedlicher und militärischer Nutzung von Kernenergie oder auch das Widerstandsrecht im Neuen Testament. Das waren Themen, über die offiziell geschwiegen wurde oder die in offiziellen Verlautbarungen nur extrem einseitige Erklärungen erhielten. Der Friedenskreis engagierte sich ebenfalls stark bei den Friedenswerkstätten auf dem Gelände der Erlöserkirche. Nach dem Verbot der Friedenswerkstatt 1987 entwickelte sich eine enge Zusammenarbeit mit der neu gegründeten Kirche von Unten. 1987 brachte der Friedenskreis die Zeitung »Friedrichsfelder Feuermelder« mit einem prägnanten Label, eine Alarmglocke, heraus. Inhaltlich orientierte sich das Blatt an Ereignissen der SED-Tagespolitik sowie der Politik der Kirchenleitung gegenüber dem Staat und den kirchlichen Gruppen. Es erschien etwa alle zwei bis drei Monate. Ein weiteres Themenfeld waren die Reformen in der Sowjetunion, die Michail Gorbatschow unter den Schlagworten Glasnost (Transparenz) und Perestroika (Umbau) seit 1985 anstrebte.

Aktiv in der Friedlichen Revolution

In der Revolutionszeit 1989/90 gehörten Mitarbeiter des Friedenskreises Friedrichsfelde zu den aktivsten Personen, die sich für demokratische Veränderungen in der DDR und die Zerschlagung von Strukturen des Ministeriums für Staatssicherheit einsetzten. Zum Teil gehörten sie auch zu Mitbegründern neuer Sammlungsbewegungen, wie dem Neuen Forum oder der Böhlener Plattform. Nach 1990 stellte sich heraus, dass ein langjähriger Mitarbeiter und Protagonist des Friedrichsfelder Friedenskreises, der Gemeindepfarrer Gottfried Gartenschläger, über viele Jahre ein Inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit gewesen war und das Vertrauen seiner Mitstreiter missbraucht hatte.

Einige Mitarbeiter des Friedenskreises engagierten sich zeitweilig in der Politik, andere gründeten Vereine und Bürgerkomitees zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte.

Der Friedrichsfelder Feuermelder war die seit 1987 monatlich herausgegebene Zeitschrift des Friedrichsfelder Friedenskreises.
Quelle: Privat



Plakat zur zweiten Friedenswerkstatt 1983, die der Friedenskreis Friedrichsfelde aktiv mit vorbereitet hat.
Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft

Abbildung rechts: Mit dieser Karikatur machte der Friedenskreis Friedrichsfelde auf die zwiespältige Rolle der Kirche gegenüber den Friedens- und Umweltgruppen aufmerksam.
Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft.



Also Punks

in Lichtenberg Jugendräume in der Kirche



Ab 1980 konnten sich Punks in den Jugendräumen der Friedrichshainer Pfingst-Gemeinde am Kotikowplatz (Petersburger Platz) treffen, wo sie von den Jugendsozialarbeitern Bernd Schröder und Lorenz Postler betreut wurden. Später öffnete auch Pfarrer Gerhard Cyrus die Gemeinderäume der Galiläa-Kirche in der Rigaer Straße den jugendlichen Punks. Die Gemeinden standen dieser Jugendarbeit sehr kritisch gegenüber. Als Christen glaubten sie, in der Kirche einen vor dem Zugriff des Staats geschützten Raum zu haben, den sie mit den schwierigen Jugendlichen nicht teilen wollten. Viele ältere Kirchenbesucher hatten große Schwierigkeiten, mit Langhaarigen und Punks umzugehen. Der Konflikt mit der Pfingst-Gemeinde konnte nicht gelöst werden. Im März 1983 ließ die Gemeindeleitung die Jugendräume der Pfingst-Gemeinde durch den Bezirks-Schornsteinfegermeister baupolizeilich sperren.



Politische Verfolgung

In der Berliner Punkbewegung wurde ihr kultureller auch als politischer Protest angesehen. Er richtete sich gegen Bevormundung, Bildungsverbote, Polizeigewalt und die einseitige Friedenspolitik der SED. Grundsätzlich weigerten sie sich, für ihre Bands eine staatliche Spielerlaubnis einzuholen. 1983 setzte das MfS zu einem Schlag gegen Punks an. Ein Beratungsprotokoll vermerkte: »Der Minister hat Härte gegen Punk verordnet. [...] Samthandschuhe ausziehen!« Ein großer Teil der Berliner Punks wurde zum Armeedienst eingezogen, bei anderen prüfte man, ob Haftgründe vorlagen.



Punks in Lichtenberg

Erstmalig kamen Punks in größerer Zahl im Herbst 1983 zu einer Blues-Messe nach Lichtenberg, wo die Veranstalter auf der Freifläche der Erlöser-Gemeinde Punk-Bands auftreten ließen. Eine lautstarke Minderheit der Blueser reagierte mit aggressiven Sprüchen: »Das ist keine Punker-Werkstatt!« und warfen Gegenstände auf die Bühne. Andere standen den Punks bei. Kurz darauf kamen die Berliner Punks im Keller des Professor-Fischer-Hauses unter, einer Kriegsrüine auf dem Gelände der Erlöser-Gemeinde, der auch als Leichenkeller oder Pro-Fi-Keller bezeichnet wurde.

Jugendarbeit mit Punks

Heute würde man die Arbeit mit den Jugendlichen als Empowerment bezeichnen. Die Jugendlichen erhielten einen Ort, wo sie sich regelmäßig ungestört von staatlichen Organen wie der Polizei treffen konnten, um eigene konstruktive Handlungsoptionen zu entwickeln. Rechtsberatung und Begleitung bei Behördengängen gehörten ebenso zur Betreuung, wie gemeinsames Pakete-Packen für Freunde, die im Gefängnis saßen oder bei der Armee waren. Durch seine Konzerte wurde der Profi-Keller zu einer angesagten Location der subkulturellen Szene der DDR-Hauptstadt. Ein länger schwelender Streit mit einigen Punks, die neonazistisches Gedankengut übernommen hatten und die Konzerte störten, wurde 1985 mit ihrem Ausschluss aus den Räumen entschieden. Im Pro-Fi-Keller fanden auch Bildungsveranstaltungen statt, zum Beispiel über die Ceausescu-Diktatur in Rumänien oder über Indianer in Nordamerika.



Einladungen und Bilder von Partys und Konzerten im Pro-Fi-Keller.
Quelle: Privatchiv

Engagement für die Freiheit unterschätzt

Bis heute einmalig und inzwischen Legende sind die internationalen Punkfestivals auf dem Gelände der Erlöserkirche, die als Frühlingsfeste bezeichnet wurden und jeweils im Frühjahr 1988 bis 1990 stattfanden. Sie zogen tausende Jugendliche aus dem ganzen Land an. Bis heute unterschätzt und teilweise verleugnet ist der große Anteil, den Punks in Gruppen der DDR-Opposition an der Friedlichen Revolution hatten.

Die Präsenz von Punks in der ersten Hälfte der 1980er Jahre, aber auch anderer neuer Jugendprotestgruppen wie Heavy Metals schuf Voraussetzungen für eine Änderung der Mentalität innerhalb der Bevölkerung. Ausgehend von eher zurückgezogenen, passiven Verhaltensmustern in der DDR-Bevölkerung, kam es allmählich zu aktivem, forderndem Auftreten in der Öffentlichkeit. Erst dieser Mentalitätswandel ermöglichte, dass im Herbst 1989 auch »normale« Bürger protestierend auf die Straßen gingen.

Widerspenstig und widerständig

Jugendkultur in Lichtenberg
1960-1990



Homo sexuell ...und sonst?



Foto:
Gruppenbild
der Homosexuellen-Initiative HIB.
Quelle: Sonntags-Club Berlin



Postkarte
Berliner Lesben
auf der Friedenswerkstatt 1983.
Quelle: Privat

Romantisches Verlangen und erotisches Begehren zu gleichgeschlechtlichen Partnern sowie gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen sind unterschiedliche Facetten von Homosexualität. Etwa fünf bis zehn Prozent der Bevölkerung sind homosexuell. Aufgrund der sehr konservativen Moralvorstellungen in den 1950er und 1960er Jahren war das Leben für Homosexuelle auch in der DDR zunächst schwer. Obwohl einige verschärfte Paragraphen aus der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur abgeschafft waren, blieb Homosexualität grundsätzlich strafbar. Entschädigungen für die Verfolgung durch das NS-System verweigerte der Berliner Magistrat, zumal sich ohnehin nur Wenige trauten, sich offen zu ihrer Homosexualität zu bekennen. Der Strafrechtsparagraf gegen homosexuelle Handlungen wurde in der DDR ab 1957 wegen Geringfügigkeit nicht mehr angewandt und richtete sich ab 1968 nur noch gegen Homosexuelle, die sich an Minderjährigen vergingen. 1988 strich man diesen Paragraphen, weil der Schutz von Minderjährigen allgemein geregelt wurde. 1987 urteilte das oberste Gericht der DDR: »Homosexuelle Menschen stehen somit nicht außerhalb der sozialistischen Gesellschaft, und die Bürgerrechte sind ihnen wie allen anderen Bürgern gewährleistet.« Dennoch hielten sich in der Gesellschaft mangels offenen Diskussionen zahlreiche Vorurteile.

Keine eigene Interessenvertretung

Seit 1973 gab es Bemühungen, einen Verband mit dem Namen Homosexuelle Interessengemeinschaft (HIB) zu gründen, deren Registrierung beim Meldeamt scheiterte. Weil sie keine staatliche Anbindung fand, interessierte sich bald das MFS für die IHB. In ihrem Emblem glaubte es eine Ähnlichkeit zum Hakenkreuz zu erkennen. Lesben und Schwule der HIB trafen sich vierzehntägig in Privatwohnungen, besuchten öffentliche Vorträge der Urania über Sexualität und versuchten sich in die Diskussionen einzubringen.

Eigene Veranstaltungen konnten nur als private Feiern angemeldet werden. Charlotte von Mahlsdorf bot ihr Haus in Mahlsdorf für Veranstaltungen an, doch löste im April 1978 die Volkspolizei ein DDR-weites Treffen lesbischer Frauen dort auf. Als nach weiteren Versuchen der Legalisierung der Ministerrat 1979 der Initiative mitteilte, dass es keine Lösung gäbe, stellte die HIB ihre Aktivitäten ein.



Homosexuelle Gruppen in der Kirche

Einige Gruppen nahmen Kontakt zur evangelischen Kirche auf und baten um Räume für Vorträge, Seminare und andere Veranstaltungen. 1982 nahmen sie an der Friedenswerkstatt in der Erlöserkirche unter dem Motto: »Lieber ein warmer Bruder als ein kalter Krieger« teil. Ab 1983 waren dort auch lesbische Frauen aktiv. Damit fand das Thema auch in Basisgruppen der Kirche Beachtung. Das MFS beobachtete diese Aktivitäten mit großem Misstrauen, besonders wenn demonstrative Handlungen geplant waren. Kranzniederlegungen in KZ-Gedenkstätten wurden stark behindert oder auch vollkommen unterbunden, zum Beispiel am 26. Juni 1984. Die Begründung lautete, dass die Gruppe keine zugelassene Organisation sei. Über die Tatsache, dass Homosexuelle ein beliebtes Ziel rechtsradikaler Gewalt waren, konnte in der DDR nicht öffentlich gesprochen werden, weil es das Paradigma von der restlosen Beseitigung des Nazismus in der DDR angegriffen hätte. Dies änderte sich erst 1987/88, nachdem der Staat gegen neonazistische Schläger Ermittlungen aufnehmen musste.

Anerkennung

1986 gelang es, mit dem Sonntags-Club eine Initiative zu gründen, die nicht an die Kirche gebunden war. Sie kam im Kreiskulturhaus Mitte unter, nachdem ein SED-Kulturfunktionär den Zugang zum Kreiskulturhaus Prater verweigert hatte. Der Versuch des MFS, diesen Club zu zersetzen, war politisch nicht mehr durchsetzungsfähig. Andere staatliche Organe hatten längst erkannt, dass Gruppen von homosexuellen Aktivistinnen und Aktivisten mit ihren Initiativen zur Aufklärung, zum Beispiel über die Immunkrankheit AIDS, der Gesellschaft einen wertvollen Dienst leisteten. In der Bundesrepublik blieb der Paragraph 175 gegen Homosexuelle bis 1994 gültig, wurde aber kaum und zuletzt gar nicht mehr angewandt.



Kranzniederlegung Berliner Lesben
in der KZ-Gedenkstätte Ravensbrück.
Im Hintergrund zwei Aufpasser des MFS.
Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft / Bettina Dziggel

Foto rechts:
Stand der Homosexuellen
auf der Friedenswerkstatt 1986.
Quelle: BStU



HIB-Anhänger
Zeichen der Homosexuellen-Initiative.
Das MFS bemerkte Ähnlichkeiten zum Hakenkreuz.
Quelle: Sonntags-Club Berlin

Zerbrochene Seelen

Das Durchgangsheim Stralau

Widerspenstig und widerständig

Jugendkultur in Lichtenberg
1960–1990



Durchgangsheim
Ansicht von der Straße



Kinder beim Spielen im Aufenthaltsraum des Durchgangsheims. Dieses »offizielle« Foto verschweigt, dass die Kinder für mehrere Industriebetriebe arbeiten mussten und ihnen kaum Schulunterricht erteilt wurde.



Im Hintergrund der Inoffizielle MfS-Mitarbeiter »Stralau«. Zwischen 1964 und 1971 baute er ein Netz inoffizieller Mitarbeiter aus Erziehern und zur Mitarbeit erpressten Jugendlichen und Kindern auf. Wegen zahlreicher Unterschlagungen und sexueller Übergriffe auf die Insassinnen wurde er 1971 aus »gesundheitlichen Gründen« aus dem Heim abgezogen, blieb aber weiterhin für das MfS als hauptamtlicher Mitarbeiter tätig.



Im Hintergrund die Inoffizielle MfS-Mitarbeiterin »Tolstoi«. Sie gewann aufgrund ihres einflussreichen Umgangs das Vertrauen von einsitzenden Jugendlichen und warb mehrere von ihnen für das MfS an. Anfang der 1970er Jahre wurde »Tolstoi« Leiterin eines anderen Heims.

Im Gebäude der Thalia-Grundschule in Stralau betrieb die Jugendhilfe der DDR zwischen 1952 und 1989 ein Durchgangsheim. Ursprünglich dienten Durchgangsheime der kurzfristigen Aufnahme von elternlosen, aus dem Elternhaus genommenen, kriminell gefährdeten, entwichenen oder aufgegriffenen Kindern und Jugendlichen. Diese Begriffe nahmen Bezug auf die unmittelbare Nachkriegssituation, in der elternlose Kinder und Jugendliche aus Überlebensgründen kriminell geworden waren. Bedeutung und Aufgabenstellung der Durchgangseinrichtungen in der DDR blieben von 1948 bis 1989 relativ unbestimmt. Es gab viele Verordnungen und Anweisungen neben einigen Entwürfen, die ihrem Inhalt nach widersprüchlich waren. 1952 wurde festgelegt, dass straffällige Jugendliche während eines Strafverfahrens von Organen der Jugendhilfe begleitet werden sollten. Danach hatten Freiheitsstrafen in den Häusern der Jugendhilfe zu erfolgen, womit Einrichtungen wie Jugendwerkhöfe und auch das Durchgangsheim Alt-Stralau gemeint waren.

Das Erziehungssystem im Durchgangsheim

1946 zunächst als Hauptpflegeheim für Mädchen in der Stargarder Strasse 74 eröffnet, zog das Heim 1952 in die ehemalige Gemeindeschule in Alt-Stralau 34. Um, wie in den Bauunterlagen formuliert, ein Entweichen zu verhindern, wurden von Anbeginn umfangreiche Sicherungsmaßnahmen wie Fenstergitter oder mehrfache Türsicherungen eingebaut. Die Einrichtung erhielt einen gefängnisartigen Charakter, der zusätzlich durch einen strengen, restriktiven Tagesablauf gekennzeichnet war. Das fand auch seinen Ausdruck in Schlägen mit dem Schlüsselbund, Essensentzug und der »Absonderung« von vermeintlich widerständigen Kindern und Jugendlichen in 3 Isolationszellen. Hinzu kam der Zwang zur Arbeit. Junge Insassinnen im Alter von 13 bis 17 Jahren wurden ab 1956 in verdeckten Lastwagen zur Verarbeitung von Schlachtieren in verschiedene Fleischfabriken gebracht. Bei Minderleistungen drohte Ihnen Isolationshaft – oft über Tage. Ab 1959 wurden die Mädchen auch beim Süßwarenwerk VEB Venetia eingesetzt. Als in den 1960er Jahren auch männliche Jugendliche in das Heim eingewiesen wurden, kamen weitere Kooperationen mit anderen DDR-Betrieben hinzu, etwa mit VEB Pentacon, VEB Dobrulux, mit der Kinderzeitschrift »Frösi« und 1982 auch mit dem VEB Berlin-Kosmetik. Die Betroffenen erhielten einen geringen Lohn, der nur bei Wohlverhalten ausbezahlt wurde. Ein Teil wurde zur Mitfinanzierung des Heimaufenthalts an die Jugendhilfe überwiesen. Zweck der Heimaufenthalte sollte die »Entwicklung von im Kollektiv handelnden sozialistischen Persönlichkeiten« sein. Die auf bedingungslose Unterwerfung ausgerichtete Heimpraxis konterkarierte dieses Ziel jedoch. Wie für die Insassen von Jugendwerkhöfen oder Spezialheimen wurde der Aufenthalt im Durchgangsheim Stralau zu einer schweren traumatischen Erfahrung für die Jugendlichen.

Die Erzieher

1964 übernahm Ferdinand Schade die Leitung des Durchgangsheims. Er baute ein Netz von inoffiziellen Mitarbeitern unter Erziehern und Jugendlichen mit dem Ziel auf, »kriminelle Gruppen und Cliquen zu zerschlagen«. Dies richtete sich besonders gegen die »Beatjugendlichen«, von denen Schade mit Erpressung und Drohungen mehrere zur Mitarbeit gewinnen konnte. In den Berichten der inoffiziellen Mitarbeiter unter den Insassen spiegeln sich alle Strömungen der Jugendopposition von den frühen 1960er bis in die späten 1980er Jahre in der DDR wieder. Kaum jemand war nach rechtsstaatlichen Maßstäben »kriminell«, sondern die Einweisungen betrafen überwiegend junge Menschen, die pubertätsbedingte Entwicklungsprobleme hatten oder aus prekären Familienverhältnissen kamen. Auffällig häufig wurden homosexuelle Jugendliche eingewiesen. Als 1970 ruchbar wurde, dass Ferdinand Schade sich an den Mädchen des Heimes vergriff und der Verdacht aufkam, er würde diese Mädchen an Westbesucher vermitteln, griff das MfS ein. Von 1971 bis 1989 leitete Wolfgang Zippe das Durchgangsheim, der ein Jahr lang das 1967 für illegal erklärte Arbeitserziehungslager Rüdersdorf geleitet hatte. Zippe wurde häufig durch Unterschlagungen und Diebstähle beim MfS aktenkundig, jedoch weder abgelöst noch strafrechtlich belangt.

Widerspenstig und widerständig

Jugendkultur in Lichtenberg
1960–1990



NAPF

Ein ungewöhnlicher Klub

Innenaufnahme vom NAPF
Hier stellten die Zirkelteilnehmer ihre Fotos
und andere künstlerische Arbeiten aus.
Der Ladenraum war zugleich Bühne für Konzerte
und Theateraufführungen.



Heute gilt die Victoria-Stadt als Viertel für urbanes Mittelklasse-Leben.
In den 1970er und 1980er Jahren war das Quartier im Gleisdreieck
heruntergekommen, die Bausubstanz verfallen und die ganze Gegend
als »Assi-Viertel« verschrien. Häftlinge aller Art, denen man bei ihrer Entlassung
Wohnraum zuweisen musste, wurden hier bevorzugt angesiedelt.

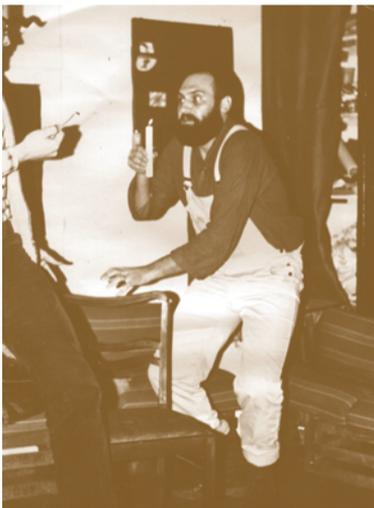
Der NAPF war ein von seinen Mitgliedern eigenverantwortlich getragenes Kulturprojekt. Dessen Mitarbeiter kamen zumeist aus den umliegenden Straßen des Victoriastadt, die damals aufgrund der Bauqualität der Häuser und der Einwohnerstruktur zu den sozialen Brennpunkten der DDR-Hauptstadt gehörte. Ungewöhnlich war der Start im Oktober 1981: die Besetzung einer leerstehenden Drogerie in der Pfarrstraße 139.

Mit Sympathie begleitet

Im Rathaus Lichtenberg war man der Initiative der jungen Leute durchaus zugeneigt, weil damit Kultur ins strukturschwache Viertel der Victoriastadt kam. Der NAPF wurde als Klub der Werktätigen akzeptiert und war am Kreiskulturhaus und bei der Abteilung Kultur des Rathauses angesiedelt. Dies versprach weniger staatlichen Einfluss als bei Jugendclubs, in denen die FDJ mitunter sehr dominant ihre Politik durchsetzte. Ein begünstigender Umstand war, dass einer der Gründer aktiv in der SED-Kreisleitung mitarbeitete und wohl auch, dass ein weiterer Gründer Inoffizieller Mitarbeiter des MfS war. Bereits zu Beginn wurden Gitarren-, Foto- und Zeichenzirkel eingerichtet. Um den Verantwortlichen den Namen NAPF zu erklären, bezeichnete man ihn als Abkürzung für Neues Arbeiten Pfarrstraße.

Ein Treffpunkt unangepasster Jugendlicher

Ein Mitarbeiter war ausgebildeter Sozialdiakon und bot an, einen Kinderladen einzurichten. Er wollte damit den zahllosen Schlüsselkindern im Viertel die Möglichkeit einer sinnvollen Freizeitbeschäftigung bieten. Diese Arbeit konfrontierte die Mitarbeiter mit den bedrückenden sozialen Verhältnissen, in denen manche Kinder hier lebten. Eine weitere Innovation war die Einrichtung einer Teestube, die freitags von 19.00 Uhr bis Mitternacht offen war. Hier fanden kleine Konzerte und Lesungen mit Autoren statt, die aus politischen Gründen aus dem offiziellen Kulturbetrieb herausfielen. In die Teestube kamen langhaarige Jugendliche und Punks – Leute, die auch zu den Blues-Messen in die Erlöserkirche gingen. Entsprechend offen gestalteten sich die Gespräche und Diskussionen, in denen es um Fragen alternativer Gesellschaftsformen, um die Friedens- und Umweltbewegung ging oder um Fragen der eigenen Lebensgestaltung: Wie kann man den Wehrdienst verweigern, eine bessere Arbeit finden oder eine Wohnung besetzen?



Fotos aus der Arbeit des NAPF
Einer der Gründer, Burghard Moldenhauer,
beim Laienspiel

Akteure bei Arbeitseinsätzen (rechts und unten)

Abbildungen:
Archiv Burghard Moldenhauer

Engagiert trotz Störungen



Dem MfS gelang es, Spannungen in die Klubleitung hineinzutragen, so dass ein Mitarbeiter frustriert das Projekt und auch die DDR verließ. Als die Sanierung der Pfarrstraße begann, weigerte sich der Bezirk zunächst, dem Klub Umsatzräume zu geben. Klubmitarbeiter erwirkten ein Schreiben aus der Erlöserkirche, dass sie bereit sei, den Kinderladen aufzunehmen. Binnen kürzester Zeit wurde dem NAPF darauf hin ein Ausweichprojekt zur Verfügung gestellt. Ein Abwandern in die Kirche wollte der Staat unbedingt vermeiden. Nach der Sanierung des Gebäudes 1985 ging die Leitung der einzelnen Zirkel in die Hände Jüngerer über. Die Fotografien für eine Ausstellung des Friedenskreises der Erlöserkirche zum Kirchentag 1987, die vom Staat verboten wurde und abgehängt werden musste, kamen aus dem Fotozirkel des NAPF. Hier spielten auch die Musiker von Sinti-Swing und Deja-Vü. Einige NAPF-Mitarbeiter gründeten die Band Perestroika Combo. Nach der Zerschlagung der Diktatur versuchten die Mitarbeiter, Neues an anderen Orten auszuprobieren. Jeder ging seine eigenen Wege. In den Laden zog ein staatliches Jugendfreizeitheim ein und übernahm den Namen, den es bei seinem Umzug in die Hauffstraße 13 mitnahm.

Rechts

radikale Jugendgruppen

Selbst einmal Angst verbreiten

Widerspenstig und widerständig

Jugendkultur in Lichtenberg
1960–1990



Posierende Rechtsradikale
in der DDR-Hauptstadt,
Mitte der 1980er Jahre.
Quelle: BSTU

Comic
Eine Auseinandersetzung
mit der zunehmenden Gewalt
durch Neonazis in der DDR,
Frühjahr 1988.
Dirk Moigt

Laut SED-Propaganda waren Faschismus und Nazismus in der DDR ausge-rottet. Weil das Verbreiten rechtsradikalen Gedankenguts bestraft wurde, äußerten DDR-Bürger nur versteckt derartige Auffassungen. Dennoch kam es immer wieder zu Schmierereien von Hakenkreuzen, wobei oft auch jugendliche Unbesonnenheit eine Rolle spielte: Im Staat, der sich als antifaschistisch deklarierte, konnte man mit Nazisymbolen erfolgreich provozieren.

Fremden- und menschenfeindliche Gedanken und Ressentiments

Fremdenfeindliche Vorurteile waren bei vielen DDR-Bürgern tief verfestigt. Die SED erzeugte ein Klima der Intoleranz und des Argwohns nicht nur gegen Andersdenkende, sondern auch gegen Verhaltensweisen, die als abweichend von der gesellschaftlichen Norm angesehen wurden. In den 1960er Jahren wurden langhaarige Jugendlichen von der SED als kriminell und arbeitsscheu bezeichnet. Wer der Arbeitspflicht nicht erwartungsgemäß nachkam, wurde als asozial stigmatisiert. Vorbehalte gegen ausländische Mitbürger wurden politisch instrumentalisiert, als die polnische Gewerkschaft Solidarność im Sommer 1980 zu Streiks aufrief. Deren Mitglieder wurden als »Konterrevolutionäre«, »Schwarzhändler« und »Kriminelle« bezeichnet. Neonazistische Äußerungen waren auch in Fußballstadien zu vernehmen, ohne dass die DDR-Sicherheitskräfte konsequent dagegen einschritten. Hierzu gehörten auch Fans des Berliner Fußballclubs Dynamo, der unter besonderer Protektion des MfS-Ministers Erich Mielke stand.

Rechte Skinheads – Rechtsradikale in »Uniform«

Anfang der 1980er Jahre begannen überwiegend junge Männer mit einem gemeinsamen Erscheinungsbild – sehr kurzes Haar oder Glatze, Jeans, Bomberjacke und Springerstiefel – und mit rechtsradikalem Vokabular sowie Gewaltexzessen öffentlich Aufmerksamkeit zu erregen. Übergriffe gegen Homosexuelle, Langhaarige, Punks, Ausländer und andere, die von den radikalisierten Jugendlichen als von der Norm abweichend wahrgenommen wurden, traten immer häufiger auf. Die rechte Skinhead-Szene war inhomogen. Es gab Gruppen mit ausgeprägten neonazistischen Vorstellungen, wie auch solche, die sich einfach nur gern prügelten und das rechtsradikale Vokabular dabei als Provokation ansahen. Auch in Gruppen von Langhaarigen bzw. Heavy-Metal-Fans traten rechtsradikale Tendenzen auf.



Durfte in der DDR nur illegal erscheinen:
Antifa-Infoblatt der Antifa in der Kirche von Unten, Juli 1989.
Quelle: Privat

Verinnerlichte Gewalterfahrung

Dieses Phänomen lässt sich als Reaktion auf die Zwänge der extrem reglementierten DDR-Gesellschaft erklären: der Wunsch, selbst Macht auszuüben und anderen Angst einzuflößen. Viele Skinheads kamen aus Funktionärs- oder MfS-Elternhäusern. Sicherheitskräfte waren lange Zeit nicht in der Lage, die Gefahr, die von rechtsradikalen Jugendgruppen ausging, realistisch einzuschätzen. Schließlich waren diese Jugendlichen gute FDJler, kleideten sich ordentlich und galten als disziplinierte Werktätige.

Paradigmenwechsel bei Polizei und Justiz

Eine Wende trat erst nach dem 17. Oktober 1987 ein, als Skinheadgruppen ein Konzert in der Zionskirche überfielen. Die seit Stunden vor Ort präsente Polizei griff nicht ein. Dies wurde von vielen DDR-Bürgern als Skandal angesehen. Schnell fasste die Polizei einige Schläger, die verurteilt wurden. Das MfS trieb die Ermittlungen unter anderem mit dem Ziel voran, öffentlich zu belegen, dass der Staat gegen Neonazis aktiv vorging. Doch wurden die Urteile nur wegen Vandalismus und Körperverletzung und nicht wegen rechtsradikalen Exzessen ausgesprochen, was erneute Proteste provozierte. Der Generalstaatsanwalt legte Widerspruch ein und die Jugendlichen wurden in zweiter Instanz zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Manche interpretierten die Gewalt Rechtsradikaler als eigene Form des antikommunistischen Widerstands. Doch handelte es sich immer um kriminelle Gewaltakte gegen Schwächere. Die Bestrebungen rechtsradikaler Gruppen, ein Klima der Angst zu erzeugen, gingen einher mit denen des MfS, das davon profitierte. Rechtsradikale waren nicht nur ein Erzeugnis, sondern auch Stützen des SED-Regimes.

Jugendarbeit mit Rechtsradikalen in der Kirche

1988 wurde im Pro-Fi-Haus eine begleitende Jugendarbeit mit rechtsradikalen Jugendlichen begonnen, die bis in die 1990er Jahre lief. Dabei wurde in Gesprächen, in Arbeitssituationen und auf Freizeitreisen versucht, konkret auf Vorstellungen, Ängste und Verhaltensweisen der Jugendlichen einzugehen. Weil rechtsradikales Gedankengut und Gewaltreflexe bei diesen Jugendlichen nicht sofort verschwanden, wurde die Arbeit oft kritisiert. Doch zeigte sich mittel- und langfristig, dass diese begleitende Jugendarbeit erfolgreicher war, als die des SED-Staates, der nur mit einem gestaffelten System von Strafen reagierte.